



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Mexiko

2020

Wie in zahlreichen Ländern der Region kam es auch in Mexiko wieder zu exzessiver Gewaltanwendung durch Polizeikräfte und das Militär. Häufig diente sie dazu, Menschen ihr Recht auf friedliche Versammlung zu verweigern und Proteste zu unterdrücken. Auch Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen waren Angriffen, Bedrohungen, strafrechtlichen Verfolgungen, willkürlichen Inhaftierungen und rechtswidriger Überwachung ausgesetzt.

**Folter und andere Misshandlungen**

Folter und andere Misshandlungen gaben nach wie vor Anlass zu großer Besorgnis. Die Ermittlungen bei Anzeigen von Folter waren im Allgemeinen fehlerhaft, und die mutmaßlichen Täter\_innen wurden nur selten vor Gericht gestellt. Das Nationale Programm zur Verhütung und Bestrafung von Folter und anderen Misshandlungen (Programa Nacional para Prevenir y Sancionar la Tortura y Otros Tratos o Penas Crueles, Inhumanos o Degradantes) war bis zum Jahresende noch immer nicht veröffentlicht worden.

Zwei Polizisten aus dem Bundesstaat Mexiko wurden zu jeweils sieben Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie drei Frauen, die das Massaker von Tlatlaya im Jahr 2014 überlebt haben, durch Folter zur Abgabe falscher Geständnisse gezwungen hatten.

Mónica Esparza, die Folter und sexualisierte Gewalt überlebte, wurde im März 2020 aus der Haft entlassen. Sie hatte mehr als sieben Jahre im Gefängnis verbracht, nachdem sie in der Stadt Torreón im Bundesstaat Coahuila willkürlich von der Polizei inhaftiert und gefoltert worden war. Sie wurde von den gegen sie erhobenen Vorwürfen freigesprochen, die auf falschen, unter Folter erpressten Geständnissen beruhten. Jedoch wurde kein Beamter wegen der gegen sie verübten Verbrechen zur Verantwortung gezogen.

Adrián Vásquez Lagunes erhielt bislang noch keine Entschädigung vom Bundesstaat Baja California, obwohl die Ombudsstelle für Menschenrechte und Bevölkerungsschutz von Baja California (Procuraduría de los Derechos Humanos y Protección Ciudadana de Baja California) im Jahr 2015 entschieden hatte, dass ihm eine Entschädigung zustehe, weil er im Jahr 2012 von der Polizei von Tijuana gefoltert worden war. Adrián Vásquez Lagunes infizierte sich im Juni 2020 mit dem Corona-Virus und musste mit einem geringen Einkommen und fast ohne staatliche Unterstützung mit seiner Krankheit zurechtkommen.

### **Exzessive Gewaltanwendung/ Die Nationalgarde**

Das Nationale Menschenrechtskommission in Mexiko (National Human Rights Commission /CNDH), protokollierte mindestens 219 Beschwerden über die Nationalgarde zwischen Mai 2019, als die Garde offiziell gegründet wurde, und August 2020. Diese Anschuldigungen beinhalteten 51 Fälle willkürlicher Verhaftungen, 28 Fälle von grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung, drei Fälle von Folter, zwei außergerichtliche Tötungen und zwei Fälle von Verschwindenlassen. Laut Experten/innen ist es aber nicht möglich, genaue Zahlen zu Menschenrechtsverletzungen durch die Nationalgarde festzustellen, da es keine Transparenz oder unabhängige Untersuchungen in Mexiko gibt und Opfer diese Verletzungen aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen nicht anzeigen. Auch Lucia Chavez von der mexikanischen Nichtregierungsorganisation Comision Mexicana de Defensa y Promocion de Los Derechos Humanos (CMDPDH) bestätigt, dass die tatsächlichen Zahlen wahrscheinlich um ein Vielfaches höher liegen. Ende September veröffentlichte die CMDPDH einen Bericht, in dem aufgeführt wurde, dass seit Gründung der Nationalgarde 11 ihrer Mitglieder bei 128 gewalttätigen Konfrontationen getötet wurden, im gleichen Zeitraum kamen 178 angeblich kriminelle Menschen und unbeteiligte Zuschauer/innen ums Leben.

### **Jéssica Silva und Jaime Torres**

Das Schicksal von Jéssica Silva und ihrem Ehemann Jaime Torres steht stellvertretend für die Opfer von Polizeigewalt in Mexiko. Das Ehepaar war am 8. September im Bundesstaat Chihuahua unterwegs, als sie von der Nationalgarde attackiert wurden.

Das Ehepaar hatte am Nachmittag an Protesten von Landarbeiter/innen in der Nähe eines Damms teilgenommen, wo die Demonstrierenden ihr Recht auf Wasser verteidigten. An der Demonstration nahmen Tausende von Menschen teil, und die Nationalgarde setzte Tränengas gegen die Demonstrierenden ein. Trotzdem gelang es den Demonstrierenden, die Kontrolle über den Damm zu gewinnen.

Als das Ehepaar auf dem Weg nach Hause war, eröffneten Mitglieder der Nationalgarde das Feuer auf ihr Fahrzeug. Ein Zeuge berichtete Amnesty

International, dass er gesehen hatte, wie zwei LKWs der Nationalgarde das Fahrzeug überholten und er hörte mehrere Schüsse. Jaime Torres wurde schwer verwundet, und Jéssica Silva war sofort tot. Die Nationalgarde gab zunächst an, dass Nationalgardisten einen bewaffneten Angriff abgewehrt hätten, gestand jedoch später ein, dass der Angriff auf das Ehepaar ein "Unfall" gewesen sei. Die Generalbundesanwaltschaft inhaftierte sechs Nationalgardisten im Zusammenhang mit dem Vorfall.

### **Das Nationale Gesetz zur Anwendung von Gewalt**

Seit der Einführung des Nationalen Gesetzes zur Anwendung von Gewalt im Jahr 2019, das unter anderem den Einsatz der Nationalgarde reguliert, kann die Nationalgarde mit Gewalt gegen Demonstrierende vorgehen, wenn deren Anliegen keinen „legitimen Zweck“ („objeto lícito“) verfolgt. Die Nationalgarde sieht sich so einer geringeren Verantwortlichkeit ausgesetzt.

### **Willkürliche Inhaftierungen**

Im Juni 2020 nahmen Angehörige der Polizei bei Protesten in der Stadt Guadalajara mindestens 27 Personen willkürlich fest. Die Demonstrierenden wurden in nicht gekennzeichneten Fahrzeugen verschleppt und ihr Aufenthaltsort blieb mehrere Stunden lang unbekannt.

### **Außergerichtliche Hinrichtungen**

Die Generalbundesanwaltschaft versuchte, die Ermittlungen im Fall der Tötung von 22 Personen durch Soldaten in Tlatlaya im Bundesstaat Mexiko im Jahr 2014 einzustellen, obwohl sie noch nicht ordnungsgemäß untersucht hatte, wer in der Befehlskette welche Verantwortung trug. Der Versuch wurde von Vertreter\_innen der Opfer gestoppt. Im Zusammenhang mit diesem Fall wurden zwei Beamte wegen Folter schuldig gesprochen.

### **Verschwindenlassen**

Das Verschwindenlassen von Personen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure gab weiterhin Anlass zu Besorgnis; diejenigen, die im Verdacht standen, strafrechtlich dafür verantwortlich zu sein, genossen nahezu uneingeschränkte Straffreiheit. Im März 2020 wurde der Außerordentliche Mechanismus zur Gerichtsmedizinischen Identifizierung (Mecanismo Extraordinario de Identificación Forense – MEIF) per Dekret formell eingerichtet. Aufgabe dieser unabhängigen interdisziplinären Arbeitsgruppe ist die Suche und Ausgrabung von in allen Landesteilen versteckten (Massen-)Gräbern und die Identifizierung der dort vergrabenen Opfer. Mittels forensischer Analysen sollen mehr als 38.000 unbekannte Tote identifiziert werden. Im Koordinierungsgremium des MEIF sind auch zivilgesellschaftliche Gruppen vertreten, doch haben Familienangehörige der Opfer nur Teilnahmestatus und sind nicht Mitglieder des Gremiums. Im Jahr 2020 wurden nach Angaben der Bundesbehörden 6.957

Personen als vermisst gemeldet. Die Gesamtzahl der in Mexiko seit 1964 als verschwunden gemeldeten Personen betrug 82.647. Davon wurden 63.939 allein im letzten Jahrzehnt dokumentiert.

[www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/regionalkapitel-amerika-2020#section-18856449](http://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/regionalkapitel-amerika-2020#section-18856449)

[www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/mexicos-national-guard-breaking-vow-respect-human-rights/](http://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/mexicos-national-guard-breaking-vow-respect-human-rights/)

[www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/mexiko-2020#section-18858246](http://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/mexiko-2020#section-18858246)